

Presseinfo

Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung

24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands geht am Abend (9.5.) in Wolfsburg zu Ende

Wolfsburg, den 9.5.2017

- **400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte diskutieren Zukunftsfragen**
- **Rechtsanspruch und bundeseinheitliche Finanzierung für Frauenhäuser und Hilfeangebote bei Gewalt gegen Frauen muss endlich kommen**
- **Wolfsburger Erklärung verabschiedet**

Nur Kommunen, die die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen in ihre Entscheidungen einbeziehen, tragen den neuen Herausforderungen der Zukunft Rechnung. Diese „Kommunen der Zukunft“ sorgen dafür, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren, treten gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung ein und sind Vorbild für eine gerechte Gesellschaft. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind für die Erreichung dieser Ziele unverzichtbar.

Caren Marks, Parlamentarische Staatssekretärin eröffnete die BUKO 24: "Wir im Bundesfrauenministerium wollen noch mehr Kommunen ermutigen, Gleichstellung voranzubringen. Von den Kita-Gebühren über Bebauungspläne bis hin zu Freibädern und öffentlichen Plätzen: Kommunalpolitik ist entscheidend dafür, wie lebenswert eine Stadt oder Gemeinde ist. Die Gleichstellungsbeauftragten tragen dazu bei, dass Frauen und Männer gleichermaßen in Entscheidungen einbezogen und ihre Belange ernst genommen werden."

Die Kongressteilnehmerinnen fordern in der **Wolfsburger Erklärung** u.a. eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen und bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind mit ausreichenden Ressourcen und Rechten auszustatten.

In allen kommunalpolitischen Entscheidungen müssen die Lebenswirklichkeiten von Männern, Frauen, Jungen und Mädchen berücksichtigt werden. Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien vertreten sind. Die Erfahrung zeigt, freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden neokonservativen und populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen.

BAG-Geschäftsstelle/ Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e.V., Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Ansprechpartnerin: Ramona Ebert 0 30 - 240 09 812, Fax 0 30 - 240 09 813

bag@frauenbeauftragte.de www.frauenbeauftragte.de

Bankverbindung des Vereins: Berliner Sparkasse, IBAN DE97 1005 0000 0073 7277 17 BIC BELADEV3333

Hart erkämpfte Frauenrechte treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten. Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer.

Cornelia Rundt, Niedersächsische Ministerin für Gleichstellung in ihrer Rede auf der BU-KO: „Die ausgewogene Teilhabe von Frauen und Männern ist noch lange nicht in allen Bereichen unserer Gesellschaft verwirklicht. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte leisten einen elementaren Beitrag für ein demokratisches und sozial gerechtes Gemeinwesen. Deshalb brauchen wir die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten“

Politik muss Lebensrealitäten von Frauen mehr berücksichtigen

Frauen machen 51 Prozent der Wahlberechtigten aus, doch ihre Bedürfnisse werden in politischen Entscheidungen zu wenig berücksichtigt. Parteien, die die Forderungen von Frauen ignorieren, sind auf Dauer zum Scheitern verurteilt, so das Fazit der Teilnehmerinnen der Diskussionsrunde mit den frauenpolitischen Sprecherinnen der Bundestagsfraktionen. Parteien, die die Lage von Alleinerziehenden nicht verbessern, sind verantwortlich für die fortschreitende Verarmung von Einelternfamilien. Parteien, die nicht aktiv gegen die unterschiedliche Bezahlung von Frauen und Männern angehen, die sich nicht für eine ausgewogene Besetzung von Führungspositionen in Wirtschaft und Politik durch entsprechende gesetzliche Regelungen sorgen, zementieren die Benachteiligung von Mädchen und Frauen. Parteien, die nichts für moderne Arbeitszeit- und Kinderbetreuungsmodelle tun, tragen dazu bei, dass Väter nicht die von ihnen gewünschte Zeit mit ihren Kindern verbringen können. Die Pflege von Angehörigen wird zur Belastungsprobe, vor allem für Frauen. In der Diskussion mit den frauenpolitischen Sprecherinnen der Bundestagsparteien (CDU, SPD, Grüne und Linke) waren sich alle vertretenen Politikerinnen einig:

- Mehr Frauen in die Kommunal- und Länderparlamente und den Bundestag: Dazu braucht es klare Regelungen.
- Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen ist immer noch nicht erreicht, deshalb müssen die erkämpften Rechte verteidigt und ausgebaut werden.

Bitte beachten Sie die angehängte Datei „**Wolfsburger Erklärung**“

Fotos der Bundeskonferenz finden sie zur kostenfreien Verwendung unter:
www.frauenbeauftragte.org/aktion/24-bundeskonferenz-wolfsburg-2017-0

Folgen Sie uns auf **Twitter**: gleichberechtigt@bagkommunal

Infos zur Konferenz: [#gleichstellungszukunft](#) und [#Damenwahl](#)

Auf Wunsch vermitteln wir während und nach der Bundeskonferenz Interviewpartnerinnen.

Mit freundlichen Grüßen

Anke Spiess

Pressereferentin, Tel.: 0163/6418811

Mail: buko2017@frauenbeauftragte.de